

5/2008

Determinanten der politischen  
Partizipation von jungen Erwachsenen

# DIE QUAL DER WAHL

→ Mensch und Gesellschaft  
Raum und Umwelt  
Wirtschaft und Arbeit

# INHALT

	<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	3
	<b>ABSTRACT</b>	3
<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b>	4
<b>2</b>	<b>BEDEUTUNG UND DIMENSIONEN POLITISCHER PARTIZIPATION</b>	5
2.1	Definition des Begriffs	5
2.2	Die Problematik geringer Beteiligung	5
<b>3</b>	<b>FRAGESTELLUNG DER UNTERSUCHUNG</b>	7
<b>4</b>	<b>DAS PROFIL DER JUNGEN WÄHLENDEN</b>	8
4.1	Die wichtigsten Merkmale	8
4.2	Geschlecht	8
4.3	Alter	9
4.4	Sozialer Integrationsgrad	9
4.5	Sozioökonomischer Status	10
4.6	Konfession	15
<b>5</b>	<b>DIE WAHRSCHEINLICHKEIT DER WAHLTEILNAHME</b>	16
5.1	Vorgehen	16
5.2	Ergebnisse	16
5.3	Grenzen des Modells	18
	<b>ERLÄUTERUNGEN ZUM MODELL</b>	19
	<b>GLOSSAR</b>	20
	<b>BIBLIOGRAFIE</b>	21
	<b>VERZEICHNIS DER TABELLEN UND GRAFIKEN</b>	22

## Herausgeberin, Redaktion und Administration

Stadt Zürich  
Präsidialdepartement  
Statistik Stadt Zürich

Autor  
Simon Villiger

Auskunft  
Simon Villiger  
Telefon 044 250 48 24

Internet  
[www.stadt-zuerich.ch/statistik](http://www.stadt-zuerich.ch/statistik)

Preis  
Einzelverkauf Fr. 15.–  
Artikel-Nr. 1000609  
Abonnement Fr. 85.–  
Artikel-Nr. 1000459  
umfasst ca. acht Analysen jährlich

Reihe  
Analysen  
ISSN 1660-691

Bezugsquelle  
Statistik Stadt Zürich  
Napfgasse 6, 8001 Zürich  
Telefon 044 250 48 00  
Telefax 044 250 48 29

Copyright  
Statistik Stadt Zürich,  
Zürich 2008  
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung – unter Quellenangabe gestattet  
7,5.2008/V

Committed to Excellence  
nach EFQM

## Zeichenerklärung

Ein Strich (–) anstelle einer Zahl bedeutet, dass nichts vorkommt (= Null).

Eine Null (0 oder 0,0) anstelle einer anderen Zahl bezeichnet eine Grösse, die kleiner ist als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit.

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese nicht erhältlich ist oder dass sie weggelassen wurde, weil sie keine Aussagekraft hat.

## ZUSAMMENFASSUNG

Bei den National- und Ständeratswahlen 2007 nahmen in der Stadt Zürich mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Personen teil (50,4%). Allerdings wurde die Möglichkeit zur politischen Partizipation von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Besonders auffällig war die tiefe Quote der jungen Erwachsenen (33,2%). Die vorliegende Publikation geht den Fragen nach, was die Bedeutung der politischen Partizipation ist und welche Faktoren entscheidend dafür sind, ob eine junge Frau oder ein junger Mann von seinem Mitwirkungsrecht Gebrauch macht.

Während in der Gesamtbevölkerung die Männer häufiger an die Urne gehen als die Frauen, sind bei den 18- bis 25-Jährigen diesbezüglich keine Unterschiede auszumachen. Ein entscheidendes Merkmal hin-

gegen ist das Ausbildungsniveau. Auszubildende und Angestellte mit tieferer Ausbildung weisen eine Beteiligungsquote auf, die nicht halb so hoch ist wie diejenige der Studentinnen und Studenten (23,3% gegenüber 51,9%). Ausgehend von der Annahme, dass sich das soziale Umfeld auf das Partizipationsverhalten auswirkt, kann gezeigt werden, dass die politische Beteiligung der untersuchten Altersgruppe mit steigendem Einkommen und steigender beruflicher Stellung der Eltern zunimmt. Als einflussreichstes Merkmal erweist sich in einer binär-logistischen Regression aber, ob die Mutter bzw. der Vater an die Urne geht. Die politische Teilnahme vererbt sich gewissermassen von den Eltern auf die Kinder.

## ABSTRACT

More than half (50.4%) of the eligible voters in the City of Zurich participated in the 2007 elections to the Swiss parliament (National Council and Council of States). It should be noted, however, that this opportunity to influence Switzerland's political landscape was by no means seized with equal enthusiasm across the whole spectrum of the population groups. The low turnout of young adults (33.2%) was particularly conspicuous. This publication examines questions relating to the significance of political participation, and attempts to determine the factors that persuade young women or men to make use of their right to vote.

Within the overall Swiss population, men are more likely to vote than women, although in age group 18 to 25 no turnout discrepancy is to be made

out in this respect. Education levels are, however, a decisive factor. Trainees and employees with a lower level of education display a voting frequency that is not even half as high as that of students (23.3% as opposed to 51.9%). Proceeding on the assumption that the social environment has an impact on voter participation rates, it can be demonstrated that the greater the income and vocational status of the parents, the higher the voting frequency of the examined age group will be. However, and in a binary logistic regression, the question as to whether the mother or father takes part in the voting process can be established as the most influential aspect: it can hence be said that political participation is handed down from the parents to their children.

## 1

## EINLEITUNG

- 1 Statistik Stadt Zürich (2007).  
2 Statistik Stadt Zürich (2006).

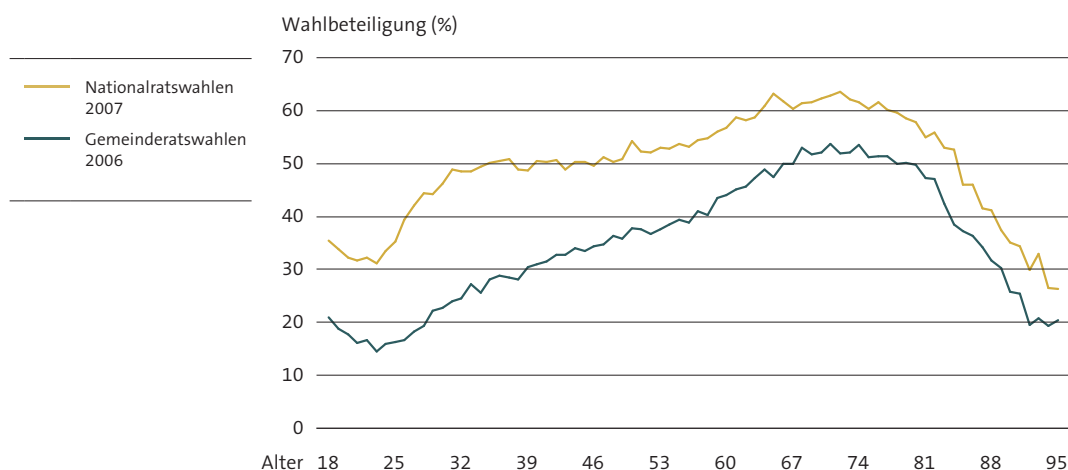
An den nationalen Wahlen im Oktober 2007 nahmen in der Stadt Zürich 50,4 Prozent der wahlberechtigten Personen teil. Seit 1974 war der Wert nicht mehr so hoch. So weit, so gut! Eine Publikation von Statistik Stadt Zürich, die wenige Tage nach dem Wahlsonntag erschienen ist <sup>1</sup>, hat allerdings gezeigt, dass das Recht auf politische Beteiligung von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Besonders auffällig sind dabei die Unterschiede beim Alter. Zwischen dem 35. und dem 85. Altersjahr gehen jeweils mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten an die Urne. Im Gegensatz dazu stehen die jungen und alten Menschen. Bei letzteren lässt sich das Fernbleiben von der Urne mit abnehmender sozialer Integration sowie dem Auftreten von Beschwerden und Gebrechen erklären, die den Aufwand der Stimmabgabe grösser werden lassen. Bei den jungen Erwachsenen sieht die Sache indessen anders aus. Ihnen stehen auf dem Gang zur

Urne keine Hürden im Weg. Sie haben gegenüber der Generation ihrer Eltern sogar in vielen Fällen einen Vorteil bei der Informationsgewinnung, da sie einen leichteren Umgang mit dem Internet haben, das bei der Wissensvermittlung eine immer stärkere Rolle spielt. Woran liegt also die geringe Bereitschaft der Jungen, an die Urne zu gehen? Kleinhenz (1995) spricht von einem «Lebenszyklus der Wahlbeteiligung». Er begründet die tiefe Beteiligung der Jungen mit deren unentwickelter gesellschaftlicher Integration, die sich in einer geringen Bereitschaft zur Partizipation manifestiere. Ein Vergleich der Nationalratswahlen mit den Gemeinderatswahlen 2006 in Zürich <sup>2</sup> zeigt immerhin, dass die zusätzliche Mobilisierung bei nationalen Wahlen bei den Jungen stärker ausfällt als bei älteren Personen. Das Niveau liegt in diesem Altersbereich bei den Eidgenössischen Wahlen rund 10 Punkte höher (G\_1.1).

#### Wahlbeteiligung in der Stadt Zürich

► nach Alter und Geschlecht, Anteile in Prozent

G\_1.1



## 2

## BEDEUTUNG UND DIMENSIONEN POLITISCHER PARTIZIPATION

## 2.1

## Definition des Begriffs

- 3 Spätlateinisch participatio, zu lateinisch particeps «teilhabend». Die auf dem Eingebundensein in etwas (z.B. ein Unternehmen) beruhende Teilhabe an etwas (z.B. dem Unternehmenserfolg). In der heute weitgehend vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Begriffsverwendung die Teilhabe beziehungsweise der Grad der Teilhabe (die Mitwirkungsmöglichkeiten) von Einzelnen oder Gruppen an Entscheidungsprozessen und Handlungsabläufen in übergeordneten Organisationen (z.B. Gewerkschaften, Parteien) und Strukturen (Gesellschaft, Staat). Von den Sozialwissenschaftlern beschrieben als komplexes Zusammenspiel zwischen institutionellen Strukturen, konkreten politischen Ereignissen, Gruppeneinbindungen und individuellen Merkmalen. (Quelle: Bibliographisches Institut und F. A. Brockhaus AG)
- 4 Biedermann (2006).

Partizipation – abgeleitet aus dem lateinischen Wort particeps<sup>3</sup> – bedeutet soviel wie «teilhabend». In neuerer Zeit avancierte sie zu einem Modebegriff mit durchwegs positiver Konnotation. Sei es in der Erziehung, der Ausbildung oder der Führung von Mitarbeitenden: In allen Lebensbereichen erhöht die Partizipation der beteiligten Personen angeblich das Interesse für die Sache und damit die Motivation, sich zu engagieren. In der Politik bedeutet Partizipation im Wesentlichen die Verteilung von Macht. Dahinter steht die Idee, dass nicht eine Person allein über das Wohl einer Gesellschaft bestimmen soll.<sup>4</sup> Der Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess kommt also eine fundamentale Bedeutung zu: Erst durch sie erhält die demokratische Staatsordnung ihre Legitimation und Funktionsfähigkeit. Godewerth-Pollmann (2007) postuliert: «In demokratischen Gesellschaften sind die politische Partizipation von Jugendlichen und die gesellschaftliche Integration der Jugend bedeutende Themen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Teilhabe der Jugend an sozialen und politischen Prozessen als wesentliches Element der Stabilität, Akzeptanz und Entwicklung einer lebendigen Demokratie angesehen wird.»

Dabei ist der Begriff im Kontext der Politik vielschichtig. In fast allen demokratischen Industrienationen haben sich die Formen der politischen Beteiligung in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Im Gegensatz zu den konventionellen Formen, die im direkten Zusammenhang mit Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, hat der gesellschaftliche Wertewandel gegen Ende der 60er-Jahre den Schwerpunkt in Richtung unkonventionelle Beteiligung verschoben. Zu dieser Form zählen legale Aktionen wie die Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, aber auch illegale wie die Beteiligung an wilden Streiks und Häuserbesetzungen. Der Gang an die Urne ist also eine Form der konventionellen Partizipation.

Die Schweiz stellt mit ihren direktdemokratischen Rechten hinsichtlich der Partizipationsforschung einen Sonderfall dar, verwischen sich doch an einigen Stellen die Grenzen zwischen konventioneller und unkonventioneller Beteiligung. Beispielsweise kann die Unterschrift bei einem Volksbegehren durchaus als vorbereitende Handlung für einen Urnengang angesehen werden, der im institutionellen Rahmen stattfindet.

## 2.2

## Die Problematik geringer Beteiligung

Ist es überhaupt notwendig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger schon in jungen Jahren beteiligen, wenn doch davon ausgegangen werden kann,

dass die politische Partizipation mit steigendem Alter zunimmt?

## Bevölkerung, Wahlberechtigte und Wählende

► nach Altersklasse

T\_2.1

Alter	Bevölkerung	Wahlberechtigte		Wählende		
		Absolut	Anteil an der Altersklasse (%)	Absolut	Anteil an den Wahlberechtigten (%)	Anteil an der Bevölkerung (%)
<b>Bevölkerung im wahlberechtigten Alter (18 Jahre und älter)</b>	<b>325 900</b>	<b>215 168</b>	<b>66,0</b>	<b>108 444</b>	<b>50,4</b>	<b>33,3</b>
<b>Junge Erwachsene (18 bis 25 Jahre)</b>	<b>38 994</b>	<b>19 951</b>	<b>51,2</b>	<b>6 624</b>	<b>33,2</b>	<b>17,0</b>
18 Jahre	2 869	2 146	74,8	762	35,5	26,6
19 Jahre	3 416	2 235	65,4	758	33,9	22,2
20 Jahre	3 881	2 218	57,2	713	32,1	18,4
21 Jahre	4 622	2 379	51,5	753	31,7	16,3
22 Jahre	5 048	2 444	48,4	787	32,2	15,6
23 Jahre	5 660	2 595	45,8	807	31,1	14,3
24 Jahre	6 345	2 766	43,6	925	33,4	14,6
25 Jahre	7 153	3 168	44,3	1 119	35,3	15,6
26 bis 35 Jahre	80 870	41 375	51,2	19 164	46,3	23,7
36 bis 45 Jahre	63 723	39 347	61,7	19 668	50,0	30,9
46 bis 55 Jahre	45 887	32 649	71,2	16 970	52,0	37,0
56 bis 65 Jahre	36 625	28 672	78,3	16 458	57,4	44,9
66 bis 75 Jahre	27 315	22 742	83,3	14 055	61,8	51,5
76 Jahre und älter	32 486	30 432	93,7	15 505	50,9	47,7

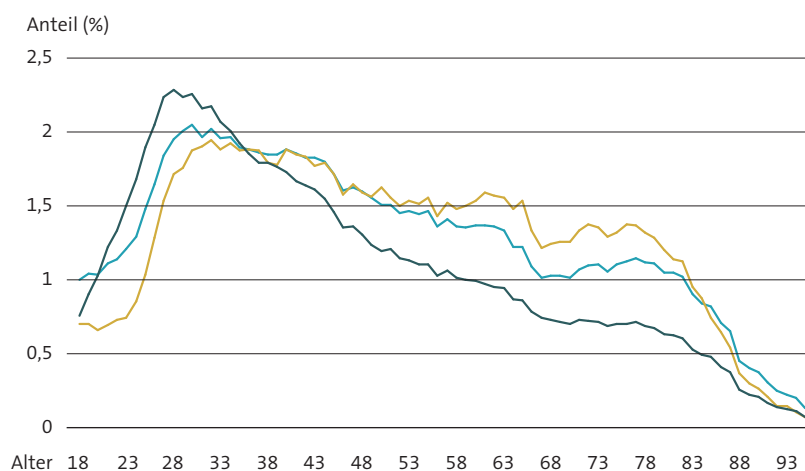
5 Quesel, Carsten und Oser, Fritz (2006).

Junge Erwachsene repräsentieren eine grosse Gruppe innerhalb der stadtzürcher Bevölkerung (38 994 Personen). Da in diesem Alterssegment der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung vergleichsweise hoch ist, ist nur die Hälfte davon wahlberechtigt. Wenn nun, wie im untersuchten Fall der Nationalratswahlen 2007, nur ein Drittel davon an die Urne geht, entspricht dies letztlich einem Anteil von nur 17 Prozent der 18- bis 25-Jährigen. Die Jungen verzichten gewissermassen auf ihre politischen Einflussmöglichkeiten (G\_2.1). Jugendliche sind aber zunehmend direkt von gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen betroffen.

Aus pädagogischer Sicht handelt es sich bei der Demokratie nicht nur um eine Staats-, sondern

auch um eine Lebensform, die aktiv erlernt werden muss.<sup>5</sup> Palentien und Hurrelmann (1998) fordern in diesem Sinne: «Ziel einer demokratischen Gesellschaft muss es sein, Kinder und Jugendliche an allen wesentlichen Entscheidungen in ihrer Lebenswelt direkt zu beteiligen. Erleben sie in Familie, Kindergarten und Schule, aber auch in Nachbarschaft und Gemeinde, dass ihre Stimme zählt und ihre Meinung gehört wird, entwickelt sich hierüber eine Beteiligungskultur, die für eine demokratisch verfasste Gesellschaft als Grundvoraussetzung bezeichnet werden kann.» Aus dieser Sichtweise kann eine tiefe Beteiligungsquote auch als Indiz für eine mangelnde politische Sensibilisierung gewertet werden, die letztlich die Demokratie als Ganzes schwächt.

**Anteile an den Wahlberechtigten, den Wählenden und der Bevölkerung** | G\_2.1  
▶ nach Alter, in Prozent



#### Ausgewählte Web-Links zum Thema:

Young Commitment: [www.y-comm.ch](http://www.y-comm.ch)

Schweizer Jugendparlamente: [www.dsj.ch](http://www.dsj.ch)



## 3

## FRAGESTELLUNG DER UNTERSUCHUNG

Ausgehend von der Feststellung, dass die Stimmabgabe bei Wahlen lediglich eine – nicht gerade spektakuläre – Möglichkeit der politischen Partizipation darstellt, kann man sich fragen, warum gerade sie untersucht werden soll. Im Gegensatz zu unkonventionellen Partizipationsformen lässt sich die Wahlbeteiligung sehr einfach messen, ohne dass befragungsinhärente Probleme auftreten. Ausschlaggebend ist aber letztlich der Umstand, dass konventionelle Beteiligungsformen über den individuellen Lebenszyklus betrachtet meist stabiler sind als unkonventionelle. Wenn sich eine Fragestellung mit jungen Erwachsenen von heute

befasst, machen die Erkenntnisse – ungewollt – auch eine Aussage zur möglichen Situation von morgen. Vor diesem Hintergrund werden folgende Fragen formuliert:

1. Welche Merkmale erklären die Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen?
2. Inwiefern ist die Partizipation der jungen Erwachsenen durch deren Eltern geprägt?

Es wäre wohl vermessen, aus den Resultaten eine Voraussage der Entwicklung abzuleiten. Allerdings können die Resultate die Grundlage für eine Diskussion über geeignete Massnahmen bilden.

---

#### Die verwendeten Daten

Die Analyse der Wählenden beruht auf der Auswertung der eingereichten Wahlrechtsausweise. Auf diesen ist ein persönlicher Code aufgedruckt. Die erfassten Codes wurden mit einem Auszug aus dem Personenregister verglichen, der alle wahlberechtigten Personen enthält. Die Wahlrechtsausweise wurden getrennt von den Wahlzetteln erfasst und die gewonnenen Daten anonymisiert. Auf diese Art kann relativ einfach bestimmt werden, wer an der Wahl teilgenommen hat (und wer nicht), nicht aber, wen die Personen gewählt haben.

Der Datensatz umfasst alle am Stichtag wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich von 18 bis 25 Jahren. Neben soziodemografischen Angaben zu diesen Personen enthält der Datensatz auch Angaben über die Eltern, sofern diese am Stichtag in der Stadt Zürich wohnhaft waren. Die Grundgesamtheit in der Datei beträgt 19 951 Personen. In 13 519 Fällen konnten Angaben über die Mutter, in 11 240 Fällen Angaben über den Vater gefunden werden. Bei 10 577 Fällen liegen Informationen zu beiden Elternteilen vor.

In den Auswertungen sind zu keinem Zeitpunkt Rückschlüsse auf einzelne Bürger/-innen möglich.

---

## 4 DAS PROFIL DER JUNGEN WÄHLENDEN

### 4.1

- 6 Kleinhenz (1995).  
7 Lazarsfeld et al. (1968).

#### Die wichtigsten Merkmale

Die Forschung zur politischen Partizipation beschäftigt sich fast ausschliesslich mit soziostrukturellen Fragestellungen. Die Ergebnisse aus deutschsprachigen Ländern aus den 70er- und 80er- Jahren des vergangenen Jahrhunderts decken sich weitgehend mit jenen aus dem angelsächsischen Raum.<sup>6</sup> Zusammengefasst lassen sich die Wählenden anhand von fünf Merkmalen von den Nichtwählenden unterscheiden:

- Geschlecht
- Alter
- sozialer Integrationsgrad
- sozioökonomischer Status
- Konfession

Bereits 1944 haben Lazarsfeld et al.<sup>7</sup> in einer wegweisenden Studie darauf hingewiesen, dass grundsätzlich die individuellen Eigenschaften einer Person den Ausschlag geben, ob diese partizipiert. Diese Eigenschaften seien aber stark vom jeweiligen sozialen Umfeld geprägt. Noch weiter geht Bühlmann (2006) mit seinem Ansatz, den Einfluss lokaler Gegebenheiten auf die individuelle Partizipation zu untersuchen. Es scheint also sinnvoll, das soziale Umfeld ebenfalls auf seinen Einfluss auf das Partizipationsverhalten von jungen Erwachsenen hin zu untersuchen.

### 4.2

- 8 Die in der Einleitung beschriebene überdurchschnittliche Mobilisierung der jüngeren Personen bei nationalen Wahlen im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen trifft bei jungen Frauen noch stärker zu als bei Männern dieser Altersklasse. Der Unterschied der durchschnittlichen Wahlbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen lag bei den Frauen bei 17,0 und bei den Männern bei 15,4 Prozentpunkten.

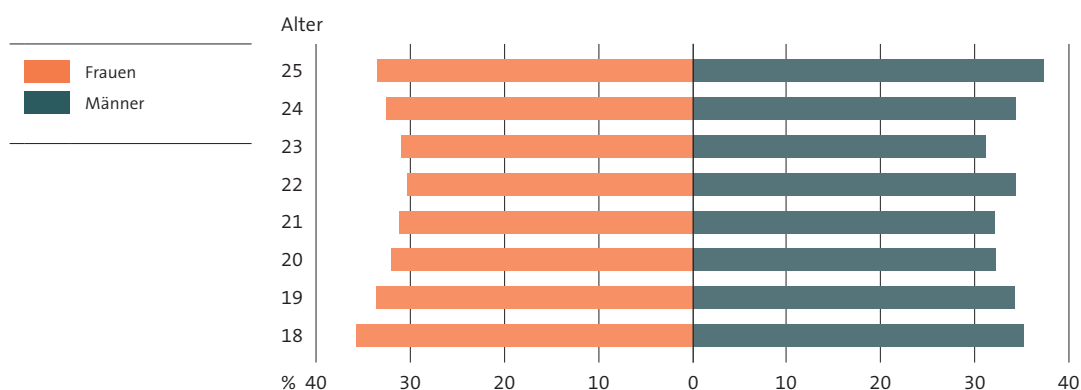
#### Geschlecht

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag mit 47,7 Prozent rund 6 Prozentpunkte unter derjenigen der Männer (53,6%). Diese Angaben beziehen sich auf sämtliche Wahlberechtigten. Unterschiede sind erst ab etwa dem fünfzigsten Altersjahr deutlich zu erkennen. Die Unterschiede bei älteren Personen lassen sich vor allem auf die unterschiedliche politische

Sozialisation in früheren Jahren zurückführen. Lavies (1973) folgert daraus, dass sich die Quoten langfristig angleichen werden. Tatsächlich ist bei der hier untersuchten Altersklasse der 18- bis 25-Jährigen der Unterschied mit 1,5 Prozentpunkten (Frauen: 32,5%; Männer 34,0%) vergleichsweise klein.<sup>8</sup>

**Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen**  
► nach Alter und Geschlecht

G\_4.1





## 4.3

### Alter

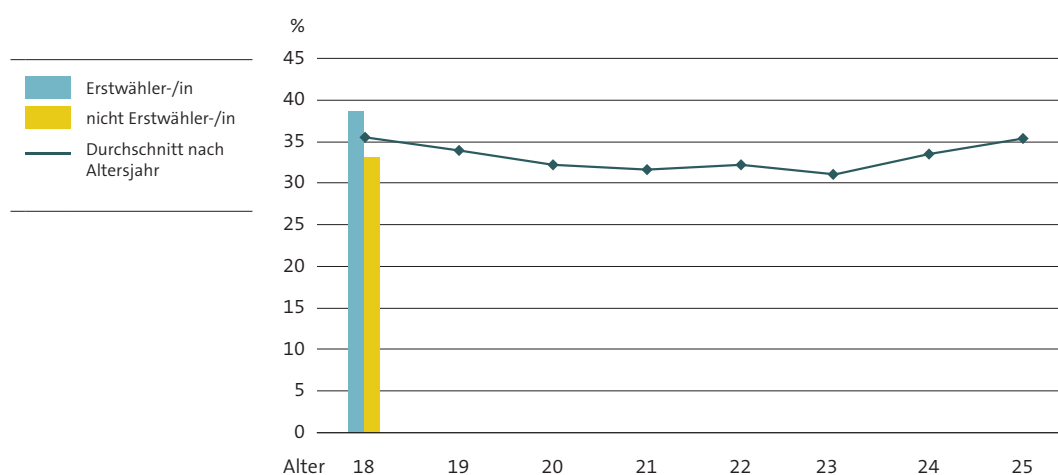
Über den gesamten Alterszyklus betrachtet, entspricht die Wahlbeteiligung ungefähr einer Glockenkurve, das heisst, sie nimmt bis etwa zum Pensionsalter kontinuierlich zu, um danach wieder abzusinken (G\_1.1 Seite 4). Strate et al. (1989) sprechen vom «politischen Lebenszyklus»: In der Orientierungsphase der Jugend ist die Bereitschaft zur Beteiligung noch nicht stabil. Im mittleren Alter erfolgt eine stärkere Einbindung in die Arbeitswelt. Zusammen mit der Verantwortung für die Familie sowie einem gesteigerten politischen Interesse erhöht dies die Bereitschaft zur Stimmabgabe. Nach der Pensionierung nimmt die soziale Integration ab. Zudem wird auch der Aufwand der Stimmabgabe mit zunehmenden Gebrechen grösser.

Wird der Altersbereich von 18 bis 25 Jahren genauer betrachtet, zeigt sich das genau umgekehrte Bild, nämlich ein schwach ausgeprägtes «U».

Eine weitere Unterteilung macht sichtbar, dass für diesen Verlauf jene Wahlberechtigten verantwortlich sind, die aufgrund ihres Alters zum ersten Mal an die Urne gehen können. Dies sind jene Personen, die nach dem letzten Abstimmungstermin vom 17. Juni 2007 volljährig geworden sind. Sie weisen eine Wahlbeteiligung von 38,7 Prozent auf, die übrigen 18-Jährigen lediglich eine von 33,0 Prozent. Es besteht also auch in der Politik die «Verlockung des Neuen», die sich aber schnell abnützt. Die leicht höheren Werte der 24- und 25-Jährigen sind bereits der Anfang des kontinuierlichen Anstiegs, der bis zum Pensionsalter anhält.

Innerhalb der untersuchten Altersgruppe sind Unterschiede zwischen den einzelnen Jahrgängen vorhanden. Gemessen am Einfluss des Alters auf die Partizipation über das ganze Leben betrachtet, fallen diese aber gering aus.

Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen und erstmals Wahlberechtigten **G\_4.2**



## 4.4

9 Falter und Schumann (1994).  
10 Statistik Stadt Zürich (2007).

### Sozialer Integrationsgrad

Anfang der 90er-Jahre konnten Falter und Schumann<sup>9</sup> zeigen, dass soziale Integration der Beteiligung bei Wahlen förderlich ist. Tatsächlich können in der bereits angesprochenen Grundlagenuntersuchung von Statistik Stadt Zürich<sup>10</sup> gewisse Unterschiede bei der Wahlbeteiligung nach Zivilstand gezeigt werden. So haben Geschiedene und Verwitwete merklich tiefere Beteiligungsquoten als Verheiratete, wobei die Differenz bei den Frauen grösser ausfällt. In einer Stadt wie Zürich, wo gemäss Volkszählung mehr als die Hälfte der Einwohner/-innen in Einpersonenhaushalten leben, sind aber die allein Stehenden sicherlich nicht zwingend desintegriert. Insofern macht der Zivilstand – gerade bei den jungen Erwachsenen, die in den meisten Fällen

noch ledig sind (Anteil 94,1%) – keine zuverlässige Angabe zur sozialen Integration.

Ein weiterer Indikator, der in der Literatur genannt wird, ist die Form des Zusammenlebens. Die Vielzahl der möglichen Wohnformen lässt sich im Kontext dieser Untersuchung auf eine dichotome Variable mit den Ausprägungen «Die Person lebt bei den/einem Eltern(teil)» bzw. «Einzelperson» zusammenfassen. Grundsätzlich ist die Beteiligung der jungen Erwachsenen, die noch bei den Eltern bzw. einem Elternteil leben, mit 36,9 Prozent höher als die jener Personen, die von zuhause ausgezogen sind (28,7%). Die vorliegende Untersuchung befasst sich jedoch nicht ausschliesslich mit der Frage nach den Merkmalen der jungen Wählerinnen und

- 11 Bewegt sich eine Person in unterschiedlichen sozialen Kontexten, ergeben sich daraus Wertekonflikte (Lazarsfeld et al. [1968] sprechen von «Cross-Pressures»).
- 12 Der Vierfelder-Korrelationskoeffizient oder Phi-Koeffizient ist ein Schätzer für die Korrelation zwischen zwei dichotomen Variablen. Er baut auf dem Chi-Quadrat-Vierfeldertest auf, kann aber im Gegensatz zu diesem eine Aussage über die Stärke des Zusammenhangs machen.

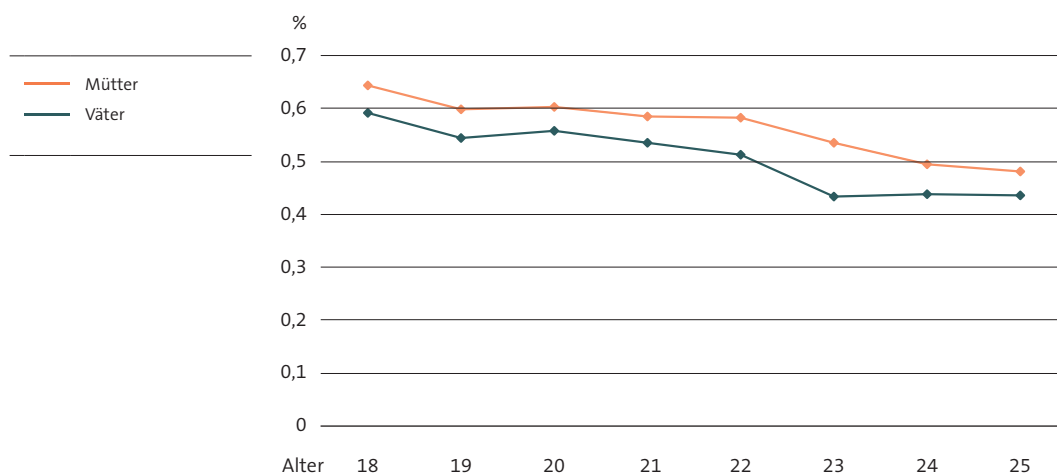
Wähler, sondern will auch klären, inwiefern sich das Partizipationsverhalten aus dem der Eltern ableiten lässt. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, beruht die Wahlentscheidung letztlich auf den individuellen Eigenschaften einer Person. Diese sind wiederum vom sozialen Umfeld abhängig. Die Menschen streben danach, mit ihrem Umfeld in Harmonie zu leben.<sup>11</sup>

Dies erklärt den starken Zusammenhang zwischen der Wahlteilnahme der Eltern und jener ihrer Kinder. Dabei ist die Übereinstimmung mit der

Mutter bei beiden Geschlechtern grösser als jene mit dem Vater. Mit dem Auszug aus dem Elternhaus findet eine Emanzipation statt. Die Übereinstimmung geht merklich zurück. Unabhängig von der Wohnform vollzieht sich mit steigendem Alter eine Ablösung von den Eltern. Der Beschluss, an die Urne zu gehen, hängt mit steigendem Alter immer weniger mit deren Entscheidung zusammen (G\_4.3). Der Wert «Phi»<sup>12</sup>, der die Korrelation der Wahlbeteiligung der Mutter bzw. dem Vater und dem Kind ausweist, nimmt kontinuierlich ab.

**Korrelation der Wahlteilnahme Eltern/Kind**  
► nach Alter

G\_4.3



## 4.5

### 4.5.1

- 13 Kleinhenz (1995).  
14 Wolfinger und Rosenstone (1980).

## Sozioökonomischer Status

### Grundlagen

Mit ihrer grundlegenden Studie legten Lazarsfeld et al. (1968) fest, welche Indikatoren die Basis für die Forschung zur politischen Partizipation unter dem Individualansatz sind. Dem sozioökonomischen Status kommt dabei eine herausragende Stellung zu. Andere Autoren kommen ebenfalls zum Schluss, dass «die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Bildungsniveau, Berufsstatus und Einkommen» steige, wobei auch Abhängigkeiten zwischen diesen Indikatoren zu beobachten sind.<sup>13</sup> Die Theorie erklärt diesen Zusammenhang mit der besseren Fähigkeit von höher Gebildeten, sich in komplexe und abstrakte Themen zu vertiefen. Das Nichtbegreifen pro-

duziere dagegen ein Gefühl der Beklemmung, das der Beschäftigung mit der Politik im Wege stehe. Eine anspruchsvollere schulische Ausbildung wirke sich zudem positiv auf den Grad der politischen Informiertheit aus. Der Einkommenseffekt wird dahingehend erklärt, dass «reichere Bürger ein tieferes Interesse an der weiteren Funktionsfähigkeit des Systems haben und es wichtig ist, dass die für sie richtige politische Partei an der Macht ist».<sup>14</sup> Es kann jedoch vermutet werden, dass ein Grossteil des Einkommenseffekts in Tat und Wahrheit auf dem positiven Zusammenhang mit dem Alter bzw. dem Ausbildungsniveau basiert.

#### 4.5.2

15 Radtke (1972) präsentierte seine Ergebnisse im Kontext des deutschen Bildungssystems der frühen 70er-Jahre, das mit dem heutigen Bildungssystem der Schweiz nur begrenzt vergleichbar ist.

#### Ausbildungsniveau

Die zur Verfügung stehenden Daten enthalten keine spezifischen Angaben zur Ausbildung. Um diese Unzulänglichkeit zu umgehen, wird aus der Angabe zum Beruf eine Variable gebildet, welche die jungen Erwachsenen in vier Ausbildungsklassen einteilt.

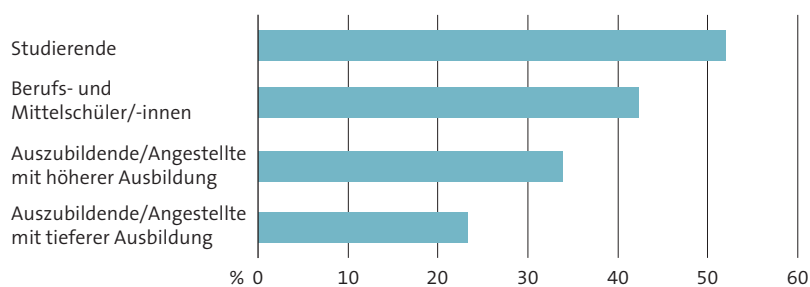
Es zeigt sich ein eindeutig positiver Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung der 18- bis 25-Jährigen und dem Bildungsniveau. Auch wenn in knapp einem Viertel der Fälle keine Angaben vorhanden sind bzw. diese sich nicht eindeutig zuordnen lassen, zeigt G\_4.4 ein klares Bild.

Auszubildende und Angestellte mit tiefer Ausbildung weisen eine Beteiligungsquote auf, die nicht einmal halb so hoch ist wie diejenige der Studentinnen und Studenten (23,3% gegenüber 51,9%). Dies steht im Kontrast zu Radtke (1972)<sup>15</sup>, der zum Schluss kommt, dass mit dem Abschluss einer Lehre die kritische Grenze der Wahlbeteiligung überschritten sei. Der Besuch einer höheren Schule bzw.

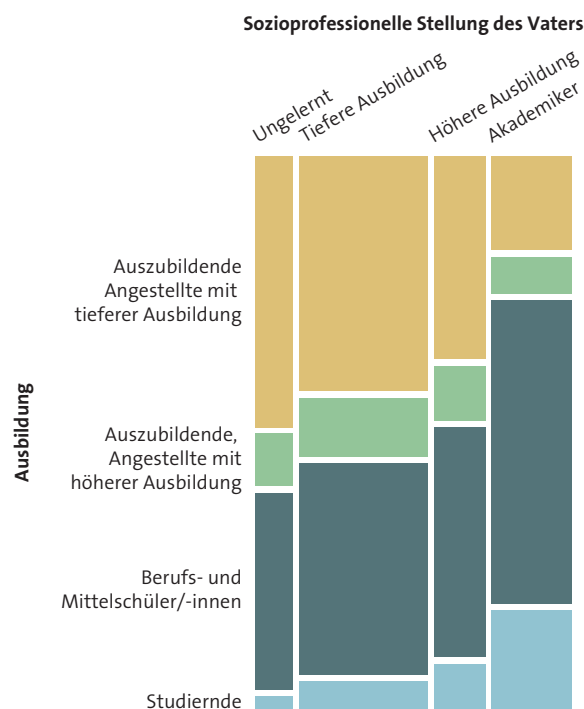
eine Weiterbildung habe keinen positiven Effekt auf die Partizipation an der Urne. Auch gemäss Faul (1965) zeigen Studierende vergleichsweise geringe Lust zur Stimmabgabe. Dass dieses Ergebnis im Schweizer Kontext nicht mehr aktuell ist, beweist die Beteiligungsrate dieser Gruppe, die sogar leicht über dem Wert der Gesamtbevölkerung (50,4%) liegt. Nur schwer interpretierbar ist der Wert der Kategorie «Berufs- und Mittelschüler/-innen»: Einerseits fehlt eine klare Abgrenzung gegenüber den Lehrlingen und andererseits ist eine weitere Unterteilung aufgrund der Daten nicht möglich.

Grundsätzlich ist es so, dass das Bildungsniveau der Mütter und Väter auf die Kinder abfärbt. Der Mosaikplot G\_4.5 illustriert diesen Zusammenhang. Die Kästchen sind in Länge und Breite proportional zur Häufigkeit der Wertekombination. Je grösser die Fläche eines Rechteckes ist, desto grösser ist der Anteil der Beobachtungen an der Grundgesamtheit.

**Wahlbeteiligung**  
► nach Bildungskategorie G\_4.4



**Verteilung der Ausbildungskategorien von Kind/Vater** G\_4.5



## 4.5.3

- 16 Ehepaare füllen eine gemeinsame Steuererklärung aus.  
17 Klöti und Risi (1991).

### Sozioprofessionelle Stellung und Einkommen der Eltern

Im Kontext der vorliegenden Untersuchung stellt sich hinsichtlich der Untersuchung des Effekts der sozio-ökonomischen Stellung auf die Wahlbeteiligung ein grundsätzliches Problem: Junge Erwachsene, die in den meisten Fällen noch in der Ausbildung bzw. am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen, verfügen noch nicht über das Einkommen bzw. den Beruf, die ihren sozioprofessionellen Hintergrund probat abbilden.

Ausgehend von der Fragestellung, inwiefern sich das soziale Umfeld auf das Partizipationsverhalten auswirkt, sind im Folgenden die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen nach dem steuerbaren Einkommen<sup>16</sup> bzw. der sozioprofessionellen Stellung der Eltern dargestellt: Je höher die soziale Stellung ist, desto eher geht das Kind wählen (G\_4.6). Die Stellung von Mutter und Vater übertragen sich potenziert auf das Wahlverhalten ihrer Kinder.

Zwischen dem Bildungsniveau und Einkommen besteht eine positive Korrelation. Es ist daher nicht auszuschliessen, dass beide Indikatoren denselben

Sachverhalt darstellen. Falter und Schumann (1994) stellen fest, dass Bildung und Beruf stärkere Indikatoren sind als das Einkommen.

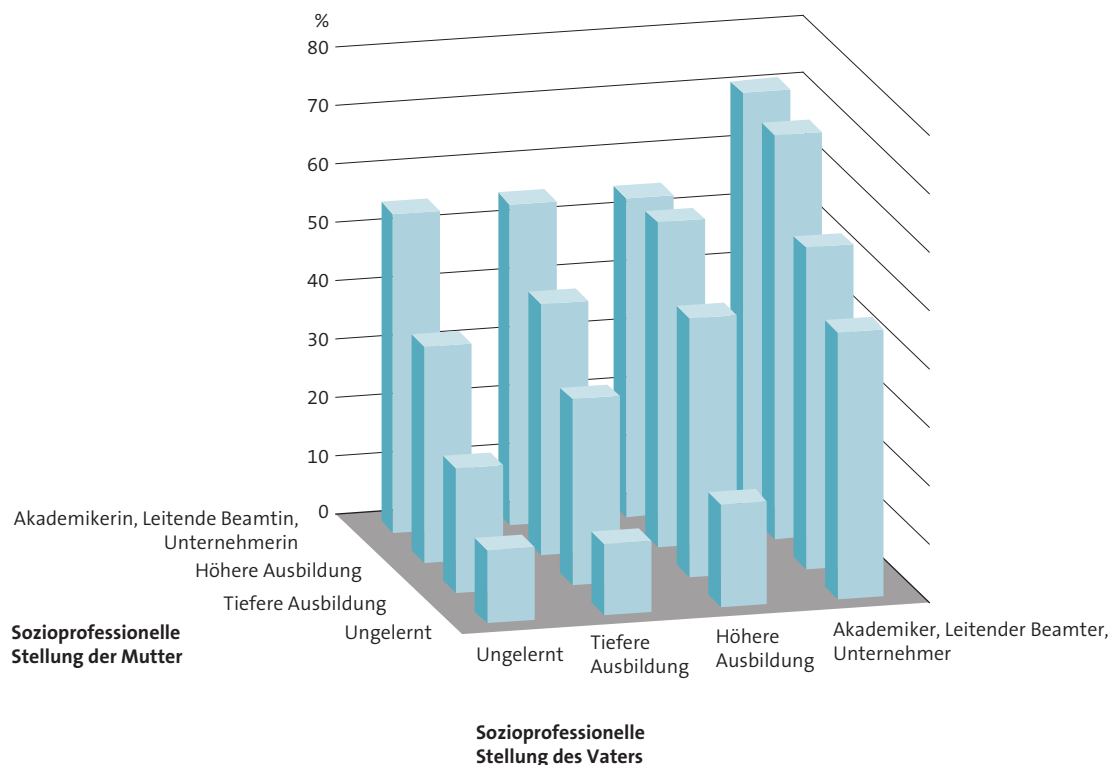
Der Einfluss des familiären Umfeldes geschieht vielschichtig. Neben der Einstellung der Eltern zu Kultur, Gesellschaft, Politik und Religion spielen auch Faktoren wie die Sprachkompetenz, die Streitkultur oder die Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen eine Rolle.<sup>17</sup> Jugendliche übernehmen gewissermassen das Gefühl von politischer Gemeinschaft und der daraus entstehenden Verantwortung von ihren Eltern.

Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist Folgendes zu bedenken: Die Grafiken zeigen die Stellung der Eltern am Stichtag. Die politische Sozialisation begann bei den untersuchten Personen jedoch zu einem viel früheren Zeitpunkt. Diese Unzulänglichkeit lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht ausmerzen und stellt, sofern sie bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt wird, auch kein grundsätzliches Problem dar.

#### Wahlbeteiligung

► nach sozioprofessioneller Kategorie von Mutter und Vater

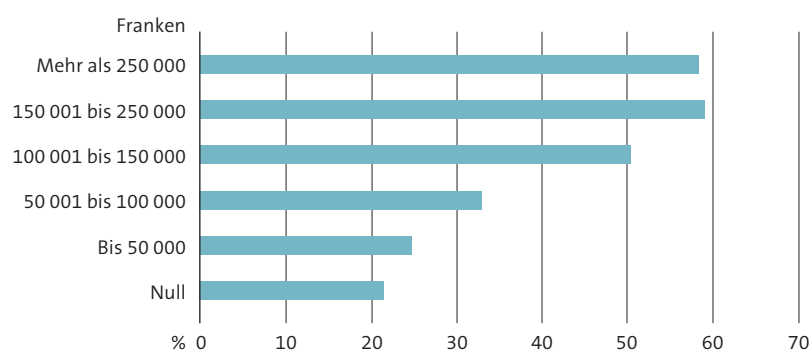
G\_4.6



### Wahlbeteiligung

G\_4.7

► nach Einkommensklasse der Eltern



#### 4.5.4

18 Die Möglichkeit, jemanden zu wählen, wird als aktives Wahlrecht bezeichnet. Als passives Wahlrecht wird die Befähigung bezeichnet, in ein Amt gewählt zu werden.

#### Migration

Im Zusammenhang mit Wahlbeteiligung ist die Nationalität ein Merkmal, zu dem es – aus verständlichen Gründen – bislang nur sehr wenig Informationen gibt. Die Schweizer Staatsbürgerschaft ist neben dem Alter eine zwingende Voraussetzung für das aktive Wahlrecht.<sup>18</sup> Die Ausnahme bilden einige Westschweizer Kantone, in denen Ausländer/-innen bei kommunalen Vorlagen an die Urne gehen können, sofern sie gewisse Auflagen erfüllen. Nicht alle Wahlberechtigten wurden als Schweizerin oder Schweizer geboren. Ein Migrationshintergrund ist beim Partizipationsverhalten ein prägendes Merkmal. Die «Schweizer/-innen» weisen eine deutlich höhere Beteiligung auf als die anderen Kategorien (G\_4.8). Ins Auge stechen die sehr tiefen Werte der Personen aus Ex-Jugoslawien und von der Iberischen Halbinsel.

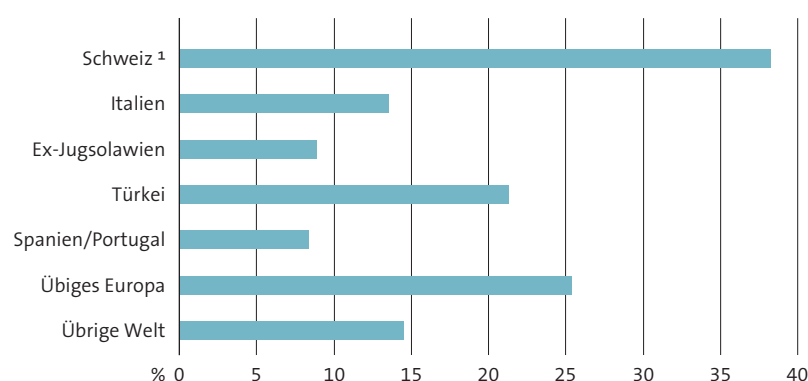
Eine weitere Vertiefung des Integrationsaspektes würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

In der Tendenz besteht ein Zusammenhang von Wahlbeteiligung und dem Grad der Integration. Dieser lässt sich anhand der Daten allerdings nur ansatzweise quantifizierbar. Werden ausschliesslich die Personen betrachtet, die in der Stadt Zürich eingebürgert wurden, zeigt sich folgendes Bild: Falls der Vater nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt, liegt die Beteiligung bei 9,7 Prozent. Ist der Vater ebenfalls Schweizer geworden, erreicht sie 17,4 Prozent. Inwiefern der Migrationshintergrund einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat, bedarf weiterer Untersuchungen. Klar nachweisbar ist, dass Personen, die erst im Zeitraum der letzten Legislatur eingebürgert worden sind, auffallend weniger häufig zur Urne gehen als jene, die das Bürgerrecht bereits länger besitzen bzw. als Schweizer/-in geboren worden sind (10,4% gegenüber 35,4%).

### Wahlbeteiligung

G\_4.8

► nach Nationalität vor der Einbürgerung



1 Darunter fallen Personen, die a.) als Schweizer/-in geboren oder b.) nicht in der Stadt Zürich bzw. c.) in der Stadt Zürich geboren wurden, aber vor 1993 eingebürgert wurden.

4.5.5

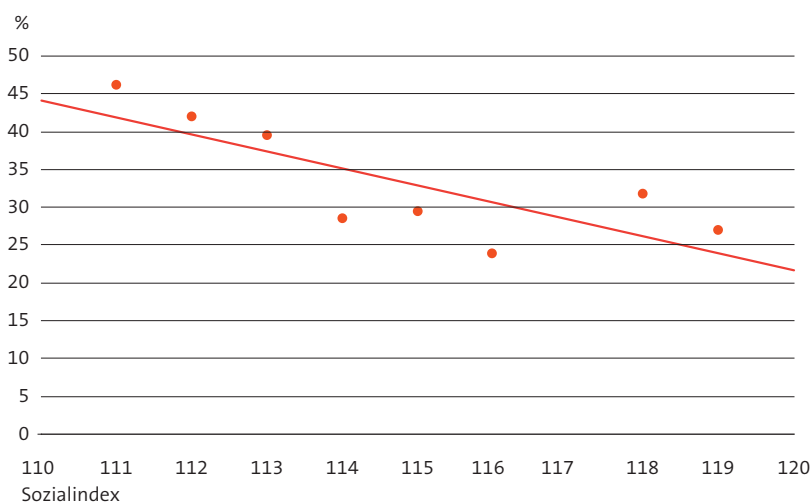
19 Siehe Glossar.

Wohnort

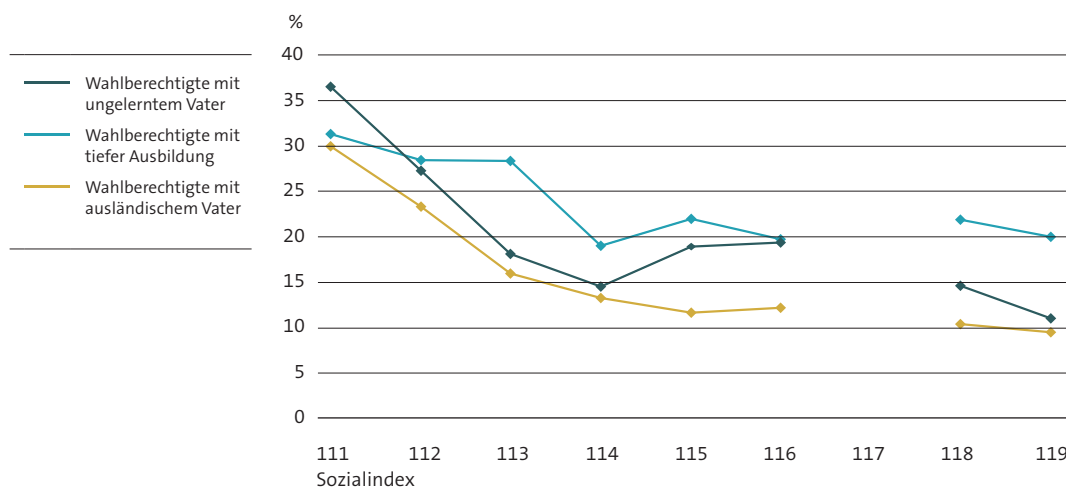
Quasi als «erweitertes soziales Umfeld» kann der Wohnort betrachtet werden. Der Sozialindex<sup>19</sup> teilt die Stadtkreise anhand von vier Faktoren nach der sozialen Belastung ein. Bühlmann (2006) postuliert eine verstärkende Wirkung von Kontextmerkmalen auf die individuellen Merkmale. In Kreisen mit einem höheren Sozialindex – die also sozial stärker belastet sind – ist der Anteil der jungen Erwachsenen, die partizipieren, tendenziell geringer (G\_4.9).

Um zu klären, ob ein verstärkender Effekt feststellbar ist, werden geeignete sozioökonomische Kriterien mit dem Sozialindex gekreuzt. Zumindest im Ansatz ist eine Verstärkung der Effekte sichtbar. So senkt sich das Niveau der Wahlbeteiligung bei jungen Erwachsenen mit tiefer Ausbildung um mehr als 5 Prozentpunkte zwischen den Stadtkreisen mit tieferer sozialer Belastung zu jenen mit vergleichsweise hoher Belastung. Allerdings ist die Verstärkung nicht linear (G\_4.10).

**Wahlbeteiligung** nach sozialer Belastung des Wohnorts G\_4.9



**Wahlbeteiligung** nach diversen gekreuzten Kriterien G\_4.10



## 4.6

20 Faul (1965).

### Konfession

Bis in die 60er-Jahre konnte ein Zusammenhang zwischen der Konfession und der Wahlbeteiligung festgestellt werden: Katholiken gingen etwas häufiger an die Urne.<sup>20</sup> Danach hat dieser Indikator jedoch zunehmend an Erklärungskraft verloren. Nach Lavies (1973) ist nicht die Religion an sich, sondern die konfessionelle Homogenität in einer Gemeinde der Partizipation zuträglich. Gemäss Falter und Schumann (1994) wirkt sich nicht die konfessionelle Zugehörigkeit, sondern der regelmässige Gang zur Kirche bzw. das ausgeprägte Gefühl der Verbundenheit von aktiven Gläubigen positiv auf die Wahlteilnahme aus.

Die zur Verfügung stehenden Daten können nur wenig zur Klärung beitragen. Im Bevölkerungsregister der Stadt Zürich wird zwar eine Variable zur Konfession geführt, allerdings sind ausschliesslich die Angaben zu den Staatskirchen zuverlässig, da bei diesen Meldepflicht besteht.

Zwischen den Angehörigen der Landeskirchen liegen Unterschiede vor (T\_4.1). Diese lassen sich darauf zurückführen, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund Katholiken sind (siehe dazu Kapitel 4.5.4). Ob eine Person allerdings ihre Religion aktiv lebt, ist aufgrund von Registerdaten selbstverständlich nicht überprüfbar.

### Wahlbeteiligung

► nach Konfession

T\_4.1

	Nichtwähler/-in		Wähler/-in	
	Absolut	Anteil (%)	Absolut	Anteil (%)
Evangelisch-Reformiert	3 871	60,1	2 565	39,9
Römisch-Katholisch	4 094	70,6	1 703	29,4
Andere/Konfessionslos	5 362	69,5	2 356	30,5



## 5

# DIE WAHRSCHEINLICHKEIT DER WAHLTEILNAHME

### 5.1

#### Vorgehen

21 Die Erläuterungen zum Modell befinden sich im Anhang.

22 Bühl und Zöfel (2002).

Ein Ziel der Untersuchung ist die Quantifizierung der Faktoren, welche die Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen beeinflussen. Dazu wurde ein binär-logistisches Regressionsmodell geschätzt.<sup>21</sup> Dabei kommt das Vorwärtsselektions-Verfahren zur Anwendung. In den einzelnen Schritten werden

sukzessive jene Variablen aufgenommen, welche die höchste Korrelation zur abhängigen Variable (Wahlteilnahme) aufweisen. Zusätzlich wird bei jedem Schritt überprüft, welche Variablen wieder entfernt werden sollen, wobei das Kriterium dabei die Likelihood-Funktion ist.<sup>22</sup>

### 5.2

#### Ergebnisse

23 Ebenda.

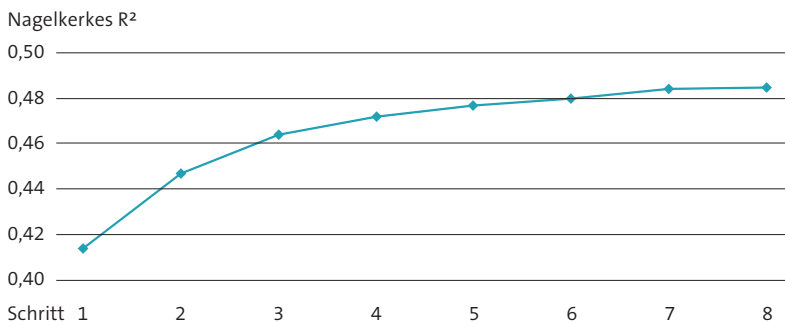
Im Modell werden die Einflussvariablen aufgrund der deskriptiven Untersuchung (Kapitel 4) ausgewählt. Die Qualität des Modells wird nicht nur über die Anpassungsgüte, sondern auch über die Anzahl der verwendeten Variablen bestimmt. Mit anderen Worten: Ziel ist es, ein möglichst einfaches Modell mit möglichst hoher Erklärungskraft zu finden.

In der Literatur findet man verschiedene Tests, die global beurteilen sollen, ob ein Modell gut zu den Daten passt. Die meisten dieser Tests sind aber nur bei aggregierten Daten durchführbar, also Modellen, die mit Zellohäufigkeiten operieren. Für Individualdaten haben Hosmer und Lemeshow einen Test vorgeschlagen.<sup>23</sup> Dieser bildet aufgrund der prog-

nostizierten Wahrscheinlichkeiten  $K$  annähernd gleich stark besetzte Gruppen und vergleicht dann die erwarteten mit den beobachteten Gruppen. Das Global-Modell übersteht diesen Test. Das Iterationsprotokoll der Vorwärts-Selektion zeigt, dass die Werte von Nagelkerkes  $R^2$  bis zum letzten Schritt besser werden. Allerdings ist die Verbesserung jeweils nur marginal, so dass es nicht möglich ist, eine klare Grenze zu ziehen (G\_5.1). Viel entscheidender ist, dass einige Variablen sowie die getesteten Wechselwirkungen keine signifikanten Koeffizienten liefern bzw. gar nicht erst ins Modell aufgenommen werden.

Schrittweise Verbesserung des Modells

G\_5.1



24 Zum Testen der Nullhypothese, dass ein Regressionskoeffizient gleich Null ist, kann die Wald-Statistik verwendet werden. Diese ist aufgrund des grossen Datensatzes approximativ Chi-Quadrat-verteilt. In der Spalte «Sig.» sind die empirischen Überschreitungswahrscheinlichkeiten der Wald-Tests zu den Regressionskoeffizienten angegeben.

Es erscheint aus den dargelegten Gründen angezeigt, das Modell zu vereinfachen. Das Weglassen von Prädiktoren hat immerhin den Vorteil, dass weniger Fälle wegen ungenügender Information ausgeschlossen werden. Die Zahl der gültigen untersuchten Fälle erhöht sich dadurch von 3833 auf 6793. Der Anteil der erklärten Streuung ist mit 45 Prozent nach wie vor gut.

Tabelle T\_5.1 gibt die Schätzergebnisse<sup>24</sup> wieder. Da alle Variablen kategoriell verwendet werden, ist die Interpretation der Ergebnisse sehr einfach. Der Kontrast wird so gewählt, dass jeweils die erste Kategorie einer Variablen die Referenz bildet. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus der untersuchten

Zielgruppe an die Urne geht, lässt sich somit einfach berechnen. Als Beispiel sei eine kürzlich eingebürgerte Person gewählt, bei der sowohl der ausländische Vater als auch die Mutter an die Urne gehen und die nicht mehr bei den Eltern wohnt. Während der Vater keine Ausbildung hat, absolviert die Person ein Studium an der ETH.

Die Koeffizienten (erste Spalte in der Tabelle) ergeben folgende Gleichung:

$$0.743 - 0.401 - 0.697 + 1.820 + 1.124 + 0.313 + 0 - 2.502 = 0.4.$$

Daraus folgt:  $p = 1/(1 + e^{-0.4}) = 0,599$ . Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person an die Urne geht, beträgt gemäss dem Modell 59,9 Prozent.

## Determinanten der Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen

T\_5.1

	Regressions- koeffizient	Standard- fehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
<b>Ausbildungsniveau</b>						
Auszubildende/Angestellte mit tieferer Ausbildung			68,579	3	0,000	
Auszubildende/Angestellte mit höherer Ausbildung	0,117	0,113	1,078	1	0,299	1,124
Berufs- und Mittelschüler/-innen	0,518	0,075	47,302	1	0,000	1,679
Studierende	0,743	0,117	40,169	1	0,000	2,103
<b>Wohnform</b>						
Wohnt nicht bei den Eltern	-0,401	0,084	22,618	1	0,000	0,670
<b>Einbürgerung</b>						
Person wurde eingebürgert	-0,697	0,152	20,886	1	0,000	0,498
<b>Partizipation der Eltern: Mutter geht wählen</b>						
Partizipation der Eltern: Vater geht wählen	1,820	0,078	547,783	1	0,000	6,174
<b>Staatsangehörigkeit des Vaters</b>						
Ausländer	0,313	0,123	6,487	1	0,011	1,368
<b>Sozioprofessionelle Kategorie des Vaters</b>						
Ungelernt			29,852	3	0,000	
Tiefere Ausbildung	0,038	0,117	0,109	1	0,742	1,039
Höhere Ausbildung	0,327	0,130	6,385	1	0,012	1,387
Akademiker, Leitender Beamter, Unternehmer	0,422	0,126	11,277	1	0,001	1,525
<b>Konstante</b>	-2,502	0,129	375,176	1	0,000	0,082

Der Output von SPSS bietet eine einfache Interpretationshilfe (odds ratios). Diese gibt an, um welchen Faktor sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis  $P(Y=1) / P(Y=0)$  für eine bestimmte Ausprägung der Variablen gegenüber der Referenzstufe ändert, wenn alle anderen Faktoren konstant gehalten werden. Ein junger Erwachsener, dessen Vater an die Urne geht ( $\text{Exp}[B] = 3.076$ ) hat demnach eine rund dreimal höhere Wahrscheinlichkeit, sich politisch zu beteiligen, als eine Person, deren Vater nicht wählen geht.

Im vorliegenden Modell haben die Merkmale der Eltern einen grossen Anteil an der Erklärung der Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen. Dabei kommt dem Partizipationsverhalten die wichtigste Rolle zu. Es kann gezeigt werden, dass der Einfluss der Mutter vergleichsweise stark ist. Geht sie an die Urne, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme des Kindes um das Sechsfache. Dabei ist festzuhalten, dass sich die Eltern zu 85 Prozent gleich verhalten. Lediglich in knapp 7 Prozent der Fälle ging nur die Mutter an die Urne.

Sowohl bei der sozioprofessionellen Kategorie des Vaters als auch beim Bildungsniveau entsprechen die Koeffizienten den Erwartungen. Eine bessere Stellung erhöht die Wahlteilnahme. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Studierender an die Urne geht, ist mehr als doppelt so hoch wie die eines Angestellten mit tieferer Ausbildung. Allerdings gilt für beide Variablen, dass nicht alle Koeffizienten signifikant sind. Das Einkommen der Eltern hat entgegen der Vermutung keinen signifikanten Effekt auf die Wahlteilnahme ihrer Kinder.

Falls eine Person erst seit den Wahlen 2003 eingebürgert worden ist, reduziert dies die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme um gut die Hälfte. Auf ähnlichem Niveau bewegt sich der negative Effekt, der von einem Auszug aus dem Elternhaus herrührt.

Entgegen den deskriptiven Auswertungen zeigt der Umstand, dass der Vater nicht das Schweizer Bürgerrecht besitzt, einen positiven Effekt. In der Literatur findet sich zum Migrationshintergrund im Zusammenhang mit politischer Partizipation nur wenig. Der positive Effekt ist zumindest bei den vorliegenden Daten eine Tatsache. Die Ursache dafür bleibt aber vorderhand diffus.

Es kann festgehalten werden, dass wenige Merkmale ausreichen, um die Wahlteilnahme vergleichsweise gut voraussagen zu können. Im Gegensatz zur Gesamtheit der Wahlberechtigten zeigen sich bei den Jungen zwischen den Geschlechtern nur geringe Unterschiede beim Partizipationsverhalten. Die Zukunft wird zeigen, ob sich dieser Umstand mit zunehmendem Alter dieser Generation auf alle Wahlberechtigten überträgt. Dass das Alter keinen messbaren Effekt hat, war aufgrund des engen Spektrums (18 bis 25 Jahre) zu erwarten. Dem sozioökonomischen Status kommt dagegen bei der Voraussage der Wahlteilnahme eine bedeutende Stellung zu. Es kann auch gezeigt werden, dass das soziale Umfeld der jungen Erwachsenen eine wichtige Rolle spielt. Am wichtigsten bleibt aber die Erkenntnis, dass der stärkste positive Einfluss auf die politische Partizipation von jungen Erwachsenen von der Wahlteilnahme ihrer Eltern ausgeht.

## 5.3

### Grenzen des Modells

Die Resultate dieser Untersuchung gelten in erster Linie für die Stadt Zürich. Sie decken sich allerdings in wichtigen Punkten mit Erkenntnissen aus anderen Ländern: Die soziale Stellung hat einen entscheidenden Einfluss auf die politische Partizipation. Dabei hängt bei jungen Erwachsenen die Entscheidung in starkem Masse vom Verhalten der Eltern ab. Bei kommenden Untersuchungen sollte versucht werden, auch das erweiterte soziale Umfeld – Schule, Freundeskreis, etc. – einzubeziehen. Inwiefern die spezielle Situation der eidgenössischen Wahlen einen Einfluss auf das Partizipationsverhalten hat, ist nicht restlos geklärt. Der Vergleich mit der Auswertung der kommunalen Wahlen von 2006 deutet darauf hin, dass die Strukturen ähnlich sind. Ein markanter Unterschied zeigt sich aber bei der Höhe der Wahlbeteiligung: Junge Wahlberechtigte lassen sich bei nationalen Wahlen im Vergleich zu älteren Personen stark mobilisieren.

Kann angesichts der tiefen Wahlbeteiligung von der oft zitierten Politikverdrossenheit der Jungen gesprochen werden? Eine definitive Antwort liefern die Daten nicht. Sie zeigen einerseits eindeutig, dass das Altersegment der 18- bis 25-Jährigen bezüglich der politischen Partizipation keine homogene Masse ist. Andererseits geben sie keinen Aufschluss über das politische Verhalten der untersuchten Altersgruppe im nichtinstitutionellen Bereich bzw. deren allgemeines Interesse für politische Themen. Hier wird man auch in Zukunft auf Befragungsdaten angewiesen sein. Diese hätten auch den Vorteil, dass das individuelle Interesse für Politik als erklärende Variable aufgenommen werden könnte.

Eine weitere Verbesserung verspricht die Verwendung von Zeitreihen. Diese würden erlauben, den Effekt von gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in das Modell aufzunehmen.

## ERLÄUTERUNGEN ZUM MODELL

25 Baltes-Götz (2002).

26 Dietrich (2005)

27 Baltes-Götz (2002).

In der vorliegenden Untersuchung wird ein Prognosemodell für die Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen gesucht. Die abhängige Variable ist dichotom. Eine (multiple) lineare Regression kommt aus zwei Gründen nicht in Frage:<sup>25</sup>

- Die Residuen sind nicht normalverteilt
- Es könnten Werte prognostiziert werden, die nicht sinnvoll sind, da sie ausserhalb des Intervalls von 0 bis 1 liegen.

Zur Untersuchung von dichotomen abhängigen Variablen bieten sich zwei Regressionsmodelle an. Seit den 70er-Jahren findet eine log-lineare Methode zunehmend Verbreitung, bei der multivariate Häufigkeitstabellen untersucht werden. Dabei müssen die Prädiktoren als kategorielle Variablen vorliegen. Dies bedingt allerdings, dass metrische Prädiktoren nur unter Informationsverlust beigezogen werden können. Darüber hinaus gilt die Faustregel, dass pro Zelle mindestens 5 Beobachtungen vorliegen müssen, um die Güte des Modells einwandfrei bestimmen zu können. Da im vorliegenden Fall relativ viele Variablen gleichzeitig getestet werden sollen, was zu geringen Zelhäufigkeiten führt, wäre dieses Vorgehen nicht ideal.

Als bessere Methode bietet sich die binär-logistische Regressionsanalyse an, bei der die Zugehörigkeit zu einer der beiden Gruppen aufgrund von intervall- oder nominalskalierten Prädiktoren geschätzt wird. Dabei können auch Kombinationen von Prädiktor und Ausprägung der abhängigen Variablen verarbeitet werden, die nur einmal vorkommen. Die binär-logistische Regression hat viele Analogien zur «normalen» OLS-Regression: Die Logit-Koeffizienten entsprechen den Koeffizienten und das

Pseudo-R<sup>2</sup> nach Nagelkerke macht ebenso wie das R<sup>2</sup> eine Aussage zur Anpassungsgüte des Modells. Aber logistische Regressionen setzen keine lineare Abhängigkeit von abhängiger und unabhängigen Variablen voraus (wobei nach dem Anwenden der Link-Funktion Linearität besteht). Es wird aber wie bei einem linearen Regressionsmodell vorausgesetzt, dass die Beobachtungen unabhängig voneinander sind.<sup>26</sup>

Das Ziel einer jeden Regression ist es, ein lineares Prognosemodell zu liefern, um Voraussagen machen zu können. Die binär-logistische Regression behilft sich dabei mit einem Trick: Anstelle der abhängigen Variablen mit den Ausprägungen 0 (Ereignis ist nicht eingetreten) und 1 (Ereignis ist eingetreten) modelliert sie einen logarithmierten Wahrscheinlichkeitsquotienten (Logit). Formal lautet die bedingte Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Ereignisses ( $Y = 1$ ):

$$P(y = 1/X) = (e^{\beta x}) / (1 + e^{\beta x}) = 1 / (1 + e^{-\beta x}), \text{ mit } \beta x = \beta_0 + \beta_1 X_1 + (\dots) \beta_m X_m.$$

$$(X = 1, (\dots), N)$$

Die Parameter werden nicht wie bei einer linearen Regression nach der Kleinste-Quadrate-Methode, welche die Summe der quadrierten Abweichungen zwischen den beobachteten und den vom Modell vorausgesagten Werten minimiert, sondern nach der Maximum-Likelihood-Methode geschätzt. Bei dieser werden die Parameterschätzer so gewählt, dass die Likelihood der Daten unter dem Modell maximiert wird.<sup>27</sup> Dabei ist es wichtig, dass die Stichprobe genügend gross ist, da die Schätzer die benötigten Verteilungseigenschaften nur approximativ besitzen.

## GLOSSAR

**Sozialindex** Der Sozialindex einer Gemeinde bzw. eines Schul- oder Stadtkreises gibt die soziale Belastung wieder (100 = minimale Belastung; 120 = maximale Belastung). Die Berechnung geschieht aufgrund der vier Faktoren Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil, Einfamilienhausquote und Sesshaftigkeit. Er wird jährlich neu erhoben und ist massgebend für die Zuteilung von Ressourcen an die Schulgemeinden.

**Stimm- und Wahlberechtigte** Stimm- und wahlberechtigt sind alle in der Stadt Zürich niedergelassenen Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr vollendet haben. Die Niederlassung beginnt mit der Abgabe der Ausweisschriften. Vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen ist, wer gemäss Art. 369 ZGB entmündigt wurde.

**Stimm- und Wahlbeteiligung** Prozentanteil der abgegebenen gültigen, ungültigen und leeren Stimmen an der Zahl der Stimmberechtigten bzw. der eingelegten gültigen und ungültigen Wahlzettel an der Zahl der Wahlberechtigten.

## BIBLIOGRAFIE

- Baltes-Götz, B. (2002): Binäre logistische Regressionsanalyse mit SPSS. Universitäts-Rechenzentrum, Trier.
- Biedermann, Horst (2006): Junge Menschen an der Schwelle der politischen Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung? Waxman Verlag, München.
- Bühl, Achim und Zöfel, Peter (2002): SPSS 11. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows. Pearson Education, München.
- Bühlmann, Marc (2006): Politische Partizipation im kommunalen Kontext. Der Einfluss lokaler Kontexteigenschaften auf individuelles politisches Partizipationsverhalten. Haupt Verlag, Bern.
- Dietrich, Daniel (2005): Verallgemeinerte Lineare Modelle. Unveröffentlichtes Skript; Institut für mathematische Versicherungslehre, Universität Bern.
- Falter, Jürgen W. und Schumann, Siegfried (1994): Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen, in: Klingmann, Hans-Dieter und Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 161-213.
- Faul, Erwin (1965): Sozialstruktur und Wahlbeteiligung, in: Sänger, Fritz und Liepelt, Klaus (Hrsg.): Wahlhandbuch 1965, Teil 3 Wahlergebnisse, S. 8-18.
- Godewerth-Pollmann, Thelse (2007): Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Noch unveröffentlichte Dissertation an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf.
- Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Klöti, Ulrich und Risi, Franz-Xaver (1991): Politische Bildung Jugendlicher – Rekrutenprüfung 1988. Pädagogische Rekrutenprüfung Band 11. Sauerländer Verlag, Aarau & Frankfurt a.M.
- Lavies, Ralf-Rainer (1973): Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Droste Verlag, Düsseldorf.
- Lazarsfeld, Paul F. et al. (1968): The People's Choice. Columbia University, New York (Erstauflage publiziert 1944).
- Longchamp, Claude (1995): Schlussbericht der Studie «Jugend und politische Forderungen» zuhanden der TA-Media AG.
- Palentien, Christian und Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (1998): Jugend und Politik: Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Luchterhand Verlag, Neuwid, Kriftel, Berlin.
- Quesel, Carsten und Oser, Fritz (2006): Wie viel Einsatz braucht die Demokratie? in: Quesel, Carsten und Oser, Fritz (Hrsg.): Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kinder und Jugendlichen. Rüegger Verlag, Zürich.
- Radtke, Günter D. (1972): Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan.
- Statistik Stadt Zürich (Hrsg.) (2006): Wahlbeteiligung – Unterschiede zwischen Wählenden und Nichtwählenden bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen in Zürich.
- Statistik Stadt Zürich (Hrsg.) (2007): Wer geht an die Urne? Soziodemografisches Profil der Wählenden bei den National- und Ständeratswahlen 2007.
- Strate, John M. et al. (1989): Life Span Civic Development and Voting Participation. American Political Science Review. 83. Jahrgang, Heft 2, S. 443–464.
- Wolfinger, Raymond E. und Rosenstone, Steven J. (1980): Who Votes? Yale University, New Haven.

## VERZEICHNIS DER TABELLEN UND GRAFIKEN

<b>Tabellen</b>		
T_2.1	Bevölkerung, Wahlberechtigte und Wählende – nach Altersklasse	5
T_4.1	Wahlbeteiligung – nach Konfession	15
T_5.1	Determinanten der Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen	17
<b>Grafiken</b>		
G_1.1	Wahlbeteiligung in der Stadt Zürich – nach Alter und Geschlecht, Anteile in Prozent	4
G_2.1	Anteile an den Wahlberechtigten, den Wählenden und der Bevölkerung – nach Alter, in Prozent	6
G_4.1	Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen – nach Alter und Geschlecht	8
G_4.2	Wahlbeteiligung von jungen Erwachsenen – und erstmals Wahlberechtigten	9
G_4.3	Korrelation der Wahlteilnahme Eltern/Kind – nach Alter	10
G_4.4	Wahlbeteiligung – nach Bildungskategorie	11
G_4.5	Verteilung der Ausbildungskategorien von Kind/Vater	11
G_4.6	Wahlbeteiligung – nach sozioprofessioneller Kategorie von Mutter und Vater	12
G_4.7	Wahlbeteiligung – nach Einkommensklasse der Eltern	13
G_4.8	Wahlbeteiligung – nach Nationalität vor der Einbürgerung	13
G_4.9	Wahlbeteiligung – nach sozialer Belastung des Wohnorts	14
G_4.10	Wahlbeteiligung – nach diversen gekreuzten Kriterien	14
G_5.1	Schrittweise Verbesserung des Modells	16





➔ An weiteren Informationen interessiert?  
Abonnieren Sie unseren monatlichen Newsletter oder die  
SMS-Mitteilungen unter [www.stadt-zuerich.ch/statistik](http://www.stadt-zuerich.ch/statistik)

